

Neues Spiel für Italien

Von Michael Heise, 01. Juni 2018

Nach dem Aus für die Regierungskoalition von Lega Nord und Cinque Stelle können Italien und die EU zunächst einmal aufatmen. Die Koalitionsvereinbarung der beiden Parteien hatte Befürchtungen genährt, dass Italien zusteuert auf eine völlige Kehrtwende in der Schuldenpolitik, eine Abkehr von früheren Reformen und eine Konfrontation mit der EU. Unter der technokratischen Übergangsregierung, die jetzt erst mal die Geschicke des drittgrößten Euro-Landes leiten wird, wird nichts von all dem passieren. Die große Frage ist natürlich: Was passiert nach den Neuwahlen im Herbst?

Viel steht auf dem Spiel. Denn die ökonomischen Fortschritte, die Italien in den letzten Jahren erzielt hat, waren durchaus beachtlich. Der Arbeitsmarkt und das Rentensystem wurden reformiert, der Staatshaushalt wurde konsolidiert. Das Resultat zeigt sich weniger im Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, das 2017 um 1,5 Prozent zulegte, sondern in einem Abbau gefährlicher Ungleichgewichte. So hat Italien auch dank kräftiger Exportsteigerungen seit Jahren wieder einen Überschuss in der Leistungsbilanz; die Beschäftigung ist in den vergangenen Jahren prozentual ähnlich stark gestiegen wie in Deutschland. Schließlich sind auch die Zinsbelastungen des italienischen Staates dank der Politik der Europäischen Zentralbank weiter gesunken, was zur Stabilisierung der Haushaltslage beiträgt.

Die Neuwahlen, die wohl im September und Oktober dieses Jahres zu erwarten sind, bringen erhebliche Unsicherheiten mit sich. Zwei Risiken könnten insbesondere die längerfristige Entwicklung der Wirtschaft gefährden: Zum einen könnten die Wähler erneut den populistischen Parteien hohe Stimmenanteile geben, vielleicht sogar noch höhere als bei den letzten Wahlen. Dieses Risiko, das viele Kommentatoren bereits jetzt an die Wand malen, ist allerdings keinesfalls schon vorgezeichnet. Denn die Wähler haben jetzt gesehen, dass populistische Parteien Versprechungen gemacht haben, die nicht einlösbar waren. Die Schuld dafür allein auf die EU oder Deutschland zu schieben dürfte wohl auch in Italien nicht verfangen.

Das zweite Risiko wäre ein auf den Ausstieg aus dem Euro zugespitzter Wahlkampf. Wahlversprechen über einen "Italexit" oder eine Konfrontation mit der EU über Fiskal- und Wirtschaftspolitik würden zu deutlich steigenden Risikoaufschlägen für Italien an den Finanzmärkten führen. Aber auch dieses Risiko scheint nicht allzu hoch. Um Regierungsverantwortung zu übernehmen, müssen die beiden großen populistischen Parteien sich zumindest die Option offenhalten, auch mit weniger eurokritischen Parteien zu koalieren. Ein reiner Italexit-Wahlkampf wäre daher wenig sinnvoll. Es wäre auch sehr fraglich, ob man mit dem Ausstiegsvotum wirklich große Mehrheiten in einer Gesellschaft finden wird, die grundsätzlich ja offen und europafreundlich ist.

Die EU selber könnte auch einiges tun, um den Rückhalt für Europa in der italienischen Bevölkerung zu stärken. Vor allem sollte sie Italien da rasch entgegenkommen, wo es berechnigte Forderungen stellt, insbesondere bei einer fairen Lastenverteilung der Flüchtlingsaufnahme.

Auch bei der Wirtschaftspolitik sind die Fronten keineswegs verhärtet. Richtig ist, dass die EU keine Aufweichung ihrer Fiskalregeln akzeptieren wird, wenn dahinter die Illusion steht, dass die hohe Schuldenlast Italiens nur über schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme reduziert werden kann. In der Vergangenheit hat sich die Europäische Kommission aber bei der Auslegung der Fiskalregeln schon mal flexibel gezeigt, wenn es um wirtschaftspolitische Reformen ging. Wenn also die nächste Regierung weitreichende Steuersenkungen vornimmt und diese trotz erkennbarer Ausgabendisziplin zu vorübergehend höheren Defiziten führen, bevor die Wachstumseffekte einsetzen, dann würde die EU-Kommission sich sicherlich kompromissbereit zeigen.

Italien würde diese Kompromissbereitschaft allerdings schnell verspielen, wenn die nächste Regierung wieder auf einen Schuldenverzicht in der EU drängte, so wie es die Fünf Sterne und die Lega am Anfang ihrer Koalitionsverhandlungen getan hatten, indem sie die Europäische Zentralbank aufforderten, die von ihr gehaltenen italienischen Staatsanleihen zu streichen. Es ist nämlich keineswegs so, dass Italien seine Schuldenlast nicht tragen kann. Unter der Annahme, dass die Zinsen für italienische Staatsanleihen, der Primärüberschuss im Haushalt und das gesamtwirtschaftliche Wachstum auf dem Niveau des Jahres 2017 bleiben, würde die Staatschuldenquote in den nächsten zehn Jahren auf 115 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sinken - immer noch sehr hoch, aber bei niedrigen Zinsen verkraftbar.

Die Absage der eurokritischen Parteien an ein Regierungsbündnis hat Schaden für die Beziehungen der Partnerländer abgewendet und neue Chancen für Italien und die EU eröffnet. Natürlich ist nicht ausgemacht, dass europafreundliche Kräfte vor der nächsten Wahl wieder stärker werden, aber das Gegenteil ist auch nicht vorgezeichnet. Unsicherheiten gibt es viele, aber eben auch eine große Chance. In der derzeitigen fragilen weltpolitischen Lage wäre ein geeintes Europa wichtiger denn je.

Der Autor ist Chefvolkswirt der Allianz.